

Zwischen der

FREIEN HANSESTADT BREMEN,



vertreten durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

und der

**Caritas Erziehungshilfe gGmbH, Georg-Gröning-Str.55, 28209 Bremen**

wird folgende

**Vereinbarung nach § 78 b SGB VIII**

geschlossen:

---

### **1. Gegenstand**

Gegenstand dieses Vertrages sind Leistungen, die der Caritasverband Bremen - im folgenden Einrichtungsträger genannt — im Verselbständigungsbereich der St. Johannis Kinder- und Jugendhilfe (ehemals St. Johannis- Kinderheim), St. Magnus - Str. 8 , 28217 Bremen erbringt für Jugendliche, die einen Anspruch auf Unterkunft und Betreuung nach §§ 27 ff, 34,41 SGB VIII , haben.

Es gilt der Landesrahmenvertrag nach § 78 f SGB VIII vom 15.11.2001.

### **2. Leistung**

Die Leistungen werden auf der Grundlage der derzeitigen fachlichen Standards und der vereinbarten personellen Ausstattung unter Beachtung der im Betriebserlaubnisverfahren genannten Nebenbedingungen erbracht. Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungen sind so zu gestalten, dass eine bedarfsgerechte Hilfe im Einzelfall gewährleistet ist. Die Leistungen müssen ausreichend und zweckmäßig sein und dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten.

Die Leistungsbeschreibung ist als Anlage 1 beigefügt und Bestandteil dieser Vereinbarung. Art, Ziel und Qualität der Leistung sowie der zu betreuender Personenkreis- und die sächliche und personelle Ausstattung ergeben sich aus dieser Leistungsbeschreibung.

Die Leistungserbringerin hat sicherzustellen, dass sie nur Personen beschäftigt oder vermittelt, die nicht wegen einer in § 72a Satz 1 SGB VIII genannten Straftaten rechtskräftig verurteilt worden ist. Zu diesem Zweck hat sie sich bei der Einstellung aus besonderem Anlass und in regelmäßigen Abständen (spätestens alle 5 Jahre) ein Führungszeugnis nach § 30 Abs. 1 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen zu lassen. Unbeschadet dessen hat die Leistungserbringerin unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wenn ihr bekannt wird, dass gegen eine Person wegen Verdachts eine solche Straftat begangen zu haben, Ermittlungen zu Strafverfolgung eingeleitet worden sind.

### **Plätze und Art der Maßnahme**

Die Verselbständigungsgruppe umfasst 5 Plätze und entspricht dem Leistungsangebotstyp einer Jugendwohngemeinschaft mit stundenweiser Betreuung und Rufbereitschaft in den

Nächten und am Wochenendende. Die Gruppe ist als selbständige Betreuungseinheit im Haupthaus der St. Johannis Kinder- und Jugendhilfe angesiedelt. Die Rechtsgrundlage für die Betreuung in dieser Einrichtung findet sich in §§ 34/41 SGB VIII.

### **Zu betreuender Personenkreis**

Das Angebot für Jugendliche und junge Erwachsene ab 16 Jahren. Die betreuten jungen Menschen müssen über ein gewisses Maß an Selbständigkeit und Gruppenfähigkeit verfügen.

### **Art, Ziel und Qualität der Leistung**

Ziel ist Training von Eigenständigkeit, die Gruppe als Lernfeld mit engem Bezug zur Betreuerin.

Näheres zur Art, Ziel und Qualität der Leistung sowie der zu betreuender Personenkreis und die sächliche und personelle Ausstattung ergeben sich aus der als Anlage 1 beigefügten Leistungsbeschreibung.

Die Finanzierung etwaiger Zusatzleistungen ist nicht Gegenstand dieser Vereinbarung. Im Entgelt sind Aufwendungen für Leistungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes eingerechnet.

## **3. Leistungsentgelt**

Die **Gesamtvergütung** beträgt für den **Vertragszeitraum ab dem 1.04.2021** beträgt

**€ 164,74 pro Person/täglich.**

(Freihaltegeld 148,26 pro Person tgl.)  
und gliedert sich in

-ein Entgelt für das Regelleistungsangebot(=Leistungsangebot zur Finanzierung der laufenden Personal- und Sachkosten der Betreuung und Versorgung) in Höhe von

**€ 162,09 pro Person/tgl.,**

-ein Entgelt für die Bereitstellung und Erhaltung des betriebsnotwendigen Anlagevermögens zur Finanzierung der daraus folgenden Kapitalkosten (Abschreibung, Darlehenszinsen, Miete, Pacht und Leasing) in Höhe von

**€ 2,64 pro Person/tgl.,**

## **4. Geltungsdauer**

Diese Vereinbarung gilt ab dem **1.04.2021** und wird mit einer Mindestlaufzeit von 12 Monaten auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Zur vollständigen oder teilweisen Änderung oder Aufhebung der Vereinbarung bedarf es einer schriftlichen Kündigung unter Einhaltung der in Absatz 1 bestimmten Mindestlaufzeit und einer Kündigungsfrist von mindestens 6 Wochen.

## 5. Prüfungsvereinbarung

Die Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistungsangebote sowie Bestimmungen geeigneter Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung leiten sich aus dem im Betriebserlaubnisverfahren nach §§ 45 ff SGB VIII getroffenen Regelungen ab. Sollten sich Anhaltspunkte ergeben, die erhebliche Zweifel an der Leistungsqualität und Wirtschaftlichkeit der Einrichtung begründen, stellt der Träger der Einrichtung dem öffentlichen Jugendhilfeträger auf Anforderung weitergehende, zur sachgerechten Beurteilung notwendige und geeignete Prüfungsunterlagen zur Verfügung und erteilt auf Anfrage erforderliche Auskünfte. Ziel solcher Prüfungen ist es, etwaige Mängel für die Zukunft einvernehmlich abzustellen.

Die Rahmenvereinbarung zur Qualitätsentwicklung nach § 78 b SGB VIII in Verbindung mit § 8 Landesrahmenvertrag SGB VIII findet Anwendung.

Unabhängig von der Laufzeit dieser Vereinbarung werden alle 2 Jahre in einem Qualitätsentwicklungsbericht die Maßnahmen des Einrichtungsträgers zur Qualitätssicherung und-entwicklung dokumentiert und beim zuständigen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe eingereicht. Zukünftige Ergebnisse der Vertragskommission zur Qualitätsentwicklung, insbesondere auch im Hinblick auf die Darstellung des Berichtswesen in Form eines standardisierten Rasters, sind bindend und zu berücksichtigen.

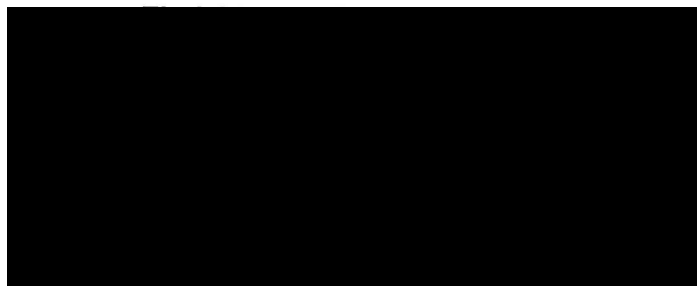
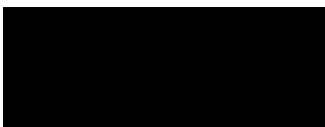
## 6. Sonstiges

6.1. Bei Unwirksamkeit einer Bestimmung dieses Vertrages verlieren die übrigen Bestimmungen ihre Wirksamkeit nicht. Eine unwirksame Regelung ist von den Vertragsparteien durch eine wirksame zu ersetzen, die der unwirksamen in ihrer Auswirkung möglichst nahe kommt. Im übrigen gelten die Vorschriften der §§ 53 ff des Zehnten Sozialgesetzbuches (SGB X) über den öffentlich-rechtlichen Vertrag.

6.2. Dieser Vertrag unterliegt dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz (BremlFG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des BremlFG im elektronischen Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem BremlFG sein.

Bremen, im Juni 2021

**Die Senatorin für Soziales, Jugend  
Frauen, Integration und Sport**



Anlagen:

Anlage 1 Leistungsbeschreibung

Anlage 2 Kalkulationblatt